

Weißer Kreuze an Kaßbergbäumen

Umweltaktivisten protestieren gegen geplante Lockerungen beim Baumschutz

Kaßberg. Achtzig, neunzig und zum Teil mehr als hundert Jahre sind sie alt, die Eschen, Buchen und Linden im Garten des Umweltzentrums an der Henriettenstraße. Seit gestern Nachmittag zieren ihre Stämme große weiße Kreuze. Umweltaktivisten verschiedener Vereine und Verbände haben sie angeschlagen, um damit deutlich sichtbar gegen die geplante Vereinfachung des Baumfällrechts in Sachsen zu protestieren. Sie befürchten, dass mehr als die Hälfte der Chemnitzer Bäume ihren gesetzlichen Schutz verliert, wenn der Freistaat das Sächsische Naturschutzgesetz wie geplant ändert.

„Dann können auf Grundstücken wie dem des Umweltzentrums Bäume gefällt werden, ohne dass dafür ein entsprechender Ersatz geschaffen wird“, erläutert Wolfgang Riether, der Landesgeschäftsführer des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND). Er und seine Mitstreiter machen sich deshalb dafür stark, dass der Baumschutz auch künftig eine Angelegenheit bleibt, die die Städte und Gemeinden selbst regeln. Die geplante Vereinfachung bezeichnete er als schweren Eingriff des Landes in die kommunale Selbstverwaltung. Schließlich seien Bäume in nicht unerheblichem Maße mitverantwortlich für die Qualität der Luft in der Stadt. „Uns geht es nicht darum, das Fällen von Bäumen grundsätzlich zu verbieten“, betont Riether. „Aber es muss eine Verpflichtung her, dass für jeden gefällten Baum zwei oder drei neue Bäume zu pflanzen sind.“

Volkmar Zschocke, Stadtrat von Bündnis 90/Grüne, befürchtet durch die geplante Vereinfachung gar ein Mehr an Verwaltungsaufwand für die Stadt. Denn die müsste erst einmal kontrollieren, welche



Protestieren mit Kreuzen gegen das geplante Vereinfachen von Baumfällungen auf Privatgrundstücken: Burkhardt Liebke vom Verein Nachhall und Petra Weinschenk von der Umweltschutzorganisation BUND. –FOTO: MÜLLER

Grundstücke wegen ihrer Größe und Bebauung unter die neue Regelung fallen – und welche nicht. „Wir wollen, dass die Baumschutzregelungen für die Baumeigentümer verständlich, einfach und kostengünstig gestaltet sind“, sagte Zschocke. Die entsprechenden Vorschriften müssten daher seiner Mei-

nung nach so aufgebaut sein, dass ein Baumeigentümer nicht den Eindruck bekomme, er werde für seinen Baum bestraft. Mit Hilfe einer Anfrage im Stadtrat lassen die Bündnisgrünen derzeit analysieren, welche Probleme die Chemnitzer mit den bestehenden Regelungen tatsächlich haben. (micm)